

Unheiliges aus dem Heiligen Land

Autor(en): **Morf, Max P.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Freidenker [1956-2007]**

Band (Jahr): **57 (1974)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-412167>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Als Gegner jeder Unterdrückung und Ausbeutung der Menschen durch den Menschen fordern wir in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Mitbestimmung aller, also die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Demokratie.

Der unvermeidliche Widerstreit der Meinungen muss im Geist der Toleranz geführt werden. Doch kann nur der einen Anspruch auf Toleranz erheben, der bereit ist, sie selbst zu üben.

Wir verlangen nachdrücklich die Reform und den Ausbau aller Bildungsstätten von der Vorschule bis zu den Hochschulen.

Naturwissenschaftliche Kenntnisse und logisches Denken sind für kritisches Verhalten und die Mitbestimmung erforderlich; denn je mehr die Menschen über Wissen und Denkschulung verfügen, desto eher befreien sie sich von Aberglauben und religiöser Mystik.

Wir fordern die gleichen Bildungschancen für alle, ohne Rücksicht auf Geschlecht und soziale Herkunft.

Mitbestimmung und Demokratie verlangen nicht nur eine erweiterte Ausbildung, sondern auch Erziehung zu kritischem Denken und sozialem Handeln. Erziehung ist überhaupt ein Zentralproblem unserer Zeit. Wir fördern alle geeigneten Massnahmen, damit sie schon in Familie und Elternhaus richtig beginnen kann. Wir verlangen eine bessere Vorbereitung der Eltern auf ihre erzieherischen Aufgaben. Von früher Kindheit an müssen die Entstehung charakterlicher Verbiegungen und gesellschaftsschädigender Aggressionsgelüste verhindert werden. Sie dürfen nicht mit jeder Generation neu heranwachsen. Wir haben volles Verständnis für die Unruhe weiter Kreise der heutigen Jugend. Es ist unsere Aufgabe, ihr zur Aenderung der von ihr abgelehnten ungesunden gesellschaftlichen Zustände zu helfen und sie so davor zu bewahren, sich der Weltflucht in Mystik, Romantik und Rauschmittel zu ergeben.

Wir treten nachdrücklich ein für die volle Emanzipation der Frau.

Wir fordern daher ihre gesetzliche Gleichstellung mit dem Mann auf dem Gebiet aller ehe- und familienrechtlichen Bestimmungen, Ausbau aller gesellschaftlichen Einrichtungen, die den Frauen die Entfaltung im Berufsleben ermöglichen. Für uns ist es selbstverständlich, dass die Frauen über ihren Körper und ihr Leben in eigener Verantwortung verfügen können. Es steht ihnen das Recht zu, sich empfängnisverhütender Mittel zu bedienen. Auch haben sie Anspruch darauf, dass ein Schwangerschaftsabbruch nicht strafrechtlich geahndet wird. Noch weit verbreitete Vorstellungen über Wesen und Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft beruhen auf religiösen Vorurteilen. Wir Freidenker lehnen sie entschieden ab.

Wir verlangen wirksame Massnahmen zum Schutze der Umwelt.

Mit besonderer Sorge blicken wir auf das sich dauernd verschlechternde Verhältnis der Menschen zu ihrer natürlichen Umwelt. Bevölkerungsexplosion, Luft- und Wasserverschmutzung, Raubbau an den Rohstoffen bedrohen die Existenzgrundlagen der Menschheit. Nicht mehr unbegrenztes Wirtschaftswachstum, Profitdenken, Verschwendungswirtschaft, gedankenloser Egoismus dürfen unser Verhalten bestimmen, es muss vielmehr geleitet werden vom Willen zur Verantwortung für das Schicksal unserer Mitmenschen, einschliesslich der kommenden Generation. Der Umweltschutz muss ferner auch international angepackt werden. Wenn hier ein Land versagt, haben alle darunter zu leiden. Die friedliche Zusammenarbeit der Nationen an einer ihnen allen nützlichen Aufgabe bringt die Völker einander näher.

Unheiliges aus dem Heiligen Land

Im «Heiligen Land» im allgemeinen und in Jerusalem im besonderen sollte unter den Angehörigen der verschiedenen Glaubensgemeinschaften Friede und Eintracht herrschen. Leider ist es aber so, dass die menschliche Verhaltensweise nicht immer diesem frommen Wunschdenken entspricht. Dies kann man damit erklären, dass, sobald die Vernunft von einem Dogma verdrängt wird, der Mensch aufhört, logisch zu denken und dementsprechend zu handeln, und so in den Bann des Massenphänomens «Religion» gerät.

Ueber den Streit unter den Anhängern der verschiedenen Glaubensbekenntnisse in Israel berichtete die französische Freidenker-Monatsschrift «La Raison» vom Februar 1974: «Sämtliche Genfer Konferenzen sind nicht in der Lage, in Jerusalem den Frieden herzustellen. Die verschiedenen Religionsvertreter stossen einander und misstrauen sich gegenseitig. Zahlreiche Konfessionen unterstehen ausländischen Hierarchien (Italiener, Griechen, Deutsche usw.) und sind vor allem an Land und Geld interessiert. In Jerusalem seien 70—80 Prozent der Grundstücke in geistlichem Besitz. (Dieser Anteil scheint uns doch etwas übertrieben, Red.). Im Abendland bettelt man im Namen der Christenheit; dieses gesammelte Geld dient nur zur Bereicherung der Klöster. Wenn junge christliche Araber, die im Dienst eines religiösen Ordens stehen, ihrer Unzufriedenheit Ausdruck geben, so werden sie fristlos auf die Strasse gestellt . . .» Von christlicher Brüderlichkeit ist in der Stadt des Herrn nicht viel zu spüren. Anscheinend sind die schönen Sprüche von Wohltätigkeit nur für den Export bestimmt.

Diese Reibereien sind aber nicht allein auf das Christentum beschränkt, wie die Aussagen von Elias Chacour beweisen: «Der Bürgermeister von Ibilline ist seit 19 Monaten von der Gehälterliste gestrichen, weil er mit den Kommunisten in Koalition zu treten versuchte, und dies entgegen der Weisung seitens der israelischen Regierung. Der von dieser Sanktion betroffene Politiker dient aber weiterhin seinem Dorf, und zwar ohne Regierungssalär. Ein anderer Bewohner Ibillines darf seit 15 Jahren den Ort

Wir vertrauen nicht darauf, dass sich diese Probleme von selbst oder gar durch das Eingreifen angeblicher überirdischer Mächte lösen lassen. Sie sind uns selbst gestellt.

Wir erstreben Entfaltungsmöglichkeiten und Glück für alle. Dies kann aber nur von den Menschen selbst in intensiver Zusammenarbeit erreicht werden. Wir rufen dazu auf. Unser Humanismus beruht nicht auf ideologischen und philosophischen Spekulationen, er gründet sich auf den Menschen, den Dienst an ihm, auf seine Befreiung und auf alle Bestrebungen, ihm ein glücklicheres, erfülltes Leben zu erwirken.

Freidenker-Vereinigung der Schweiz

nicht mehr verlassen, da er offiziell für den Staat Israel eine Gefahr darstellt. Der Grund: Er hat gegen die von den Behörden angeordnete Beschlagnahme von Land in Ibilline und dessen Zuteilung an nachbarliche Kibbuzim protestiert. Dieser Mann durfte nicht einmal ins 20 km entfernte Haifa gehen, um seine kranke Frau zu besuchen; diese ist nun einsam und allein gestorben. Die Atmosphäre ist schwül.»

Israel zählt etwa 77 000 Christen, mit den besetzten Gebieten zusammen macht deren Zahl 109 000 aus; davon sind 95 Prozent Araber. Die zahlenmäßig stärkste Gemeinschaft stellen die mit Rom unierten Melchiten (Ostchristen Aegyptens, Palästinas und Syriens) und die Griechisch-orthodoxen. Daneben befindet sich in der Wiege des Christentums natürlich noch ein Sammelsurium von anderen Konfessionen wie russisch Orthodoxe, Kopten, Maroniten, Protestanten, Anglikaner, syrische Katholiken, Armenier usw. Pater René Laurentin schreibt über die Situation der Christen Israels in seinem Buch «Renaissance des eglises locales — Israel» unter anderem: «In Jerusalem ist die Lage für die Arbeiter, die minderbemittelten Familien und die Christen im allgemeinen prekär. Viele sind gezwungen, das Land zu verlassen, um in die arabischen Staaten, nach Amerika oder Australien auszuwandern, um Arbeit zu finden oder das Studium fortsetzen zu können. Was einen am meisten bedrückt, ist die Tatsache, dass man angesichts dieser Veränderungen und neuen Schwierigkeiten passiv und individualistisch bleibt. Jeder sucht sich allein aus der Sache zu ziehen; es ist nicht genügend gemeinsames Schicksalsbewusstsein vorhanden. Oft verkennen die Verantwortlichen unserer Kirchen die wirkliche missliche Lage des Volkes oder glauben, dass man nichts dagegen

tun könne. Sie besuchen selten die Familien, aus Angst, dass ihnen unbequeme Fragen gestellt würden. Die Geistlichkeit und Wohltätigkeitsorganisationen führen überall Geldsammungen durch, deren Ertrag vorzugsweise in die Kassen der Klöster abgezweigt wird. Die kirchlichen Würdenträger lassen sich in der Umgebung der Stadt persönlich Villen bauen, während junge Familien vergeblich nach einer Wohnung Ausschau halten müssen. Um sich mit Speise und Trank zu versehen, lassen sich die Geistlichen am liebsten von den Angehörigen der ‚hohen Gesellschaft‘ einladen.»

Dies ist etwa nicht die Anklage eines antiklerikalen Scharfmachers, sondern diejenige eines christlichen Geistlichen mit sozialem Verantwortungsbewusstsein. Eine solche Haltung können wir nur unterstützen. Käme der Zimmermannssohn aus Nazareth auf Erden zurück, so würde er sich ob der Machenschaften einiger Würdenträger, welche angeblich in seinem Namen handeln, gewiss das letzte Haar ausraufen.

Erfreulicherweise gibt es auch Kirchenvertreter, die klar sehen und denen «Nächstenliebe» nicht nur ein Begriff aus dem deutschen Wortschatz bedeutet. So hat zum Beispiel Pfarrer Dubs in Elgg ZH, also ein Amtskollege von Pfarrer R. Oehninger, mit drei «Tausenderlappen» einigen durch die Skandalaffäre der örtlichen Viehlehkasse in Bedrängnis geratenen armen Bauern namhaft geholfen. Diese spontane Geste verdient unsere volle Anerkennung. Vergelt's Gott! Wenn ein Kirchenmann — welcher Konfession er auch angehören möge — ein gutes Werk tut, so nehmen wir das mit Genugtuung zur Kenntnis. Pfarrer Oehninger aus Winterthur, Verfasser des spannenden Buches «Die Bestattung des Oskar Lieberherr», welcher uns im «Freidenker» Nr. 3/1974 der into-

leranten «Paffenfresserei» bezichtigte, möge sich folgendes merken: Es liegt uns fern, zu verallgemeinern und die Christen in corpore als «Lumpenfötzel» zu betrachten. Jeremias Gotthelf, Gregor Mendel (Entdecker der Vererbungsgesetze), Leonhard Ragaz, Albert Schweitzer, Dom Helder Camara, Pater Pfürtnner u. a. waren und sind Christen, ja sogar Theologen, deren soziale und wissenschaftliche Ansichten wir nur teilen können.

Wenn wir Freidenker gegen etwas ins Feld ziehen, so tun wir es nicht gegen einen Menschen als solchen, sondern gegen ein Dogma, eine Doktrin, sei diese nun politischer oder religiöser Art, die den Menschen geistig zu versklaven sucht. Anbetrachts der Gleichschaltung des Denkens, d. h. der Manipulation der Massen, haben wir noch ein grosses Stück Arbeit vor uns. In zehn Jahren sollte sich die Prophezeiung von George Orwell's «1984» erfüllen. Es liegt an uns, dies verhindern zu helfen.

Max P. Morf

Die Antwort des Bundesrates

Auf die von unserer letzten Delegiertenversammlung gefassten Resolution zu den Ereignissen in Chile — sie wurde in der letzten Nummer des «Freidenkers» veröffentlicht — traf folgende Antwort ein:

Bern, den 22. April 1974

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Herren,

der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes hat uns Ihre Eingabe vom 27. März 1974 überwiesen und uns gebeten, Ihnen mitzuteilen, dass er von Ihrer, anlässlich Ihrer Delegiertenversammlung vom 17. März 1974 gefassten Resolution zur Frage der chilenischen Flüchtlinge Kenntnis genommen hat. Weshalb sich der Bundesrat gezwungen sah, die Visumpflicht für chilenische Staatsangehörige einzuführen, geht aus der beiliegenden Pressemitteilung vom 23. Februar 1974 hervor. Er wird zu gegebener Zeit die Aufhebung dieser Massnahme prüfen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Eidgenössische Polizeiabteilung
(Unterschrift)